reich unter der Zustimmung der Bevölkerung des Libanon die Errichtung einer Schiffahrtsbasis in Beirut und die Haltung einer Garnison im Libanon zugestanden wird. Syrien wird Frankreich im Fall eines Krieges Mannschaftskontingente zur Verfügung stellen, deren Ausrüstung Sache Frankreichs ist. Frankreich übernimmt die Verteidigung Syriens im Falle eines Angriffes so lange, bis Syrien über genügende eigene Streitkräfte verfügt. Syrien verpflichtet sich, für seine Zivilverwaltung französische Spezialisten und für die Ausbildung seiner Armee französische Instrukteure heranzuziehen und sich in allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen in erster Linie an Frankreich zu wenden.

Havas berichtet aus Beirut: Eine aus englischer Quelle stammende Meldung aus Jerusalem, nach der die Franzosen eine neue Niederlage in Syrien erlitten haben und ebenso die Meldungen, die eine Wiederaufnahme des Bombardements von Damaskus ankündigen, sind vollkommen aus der Luft gegriffen.

Aufstand der Mukden-Truppen.

London, 25. Nov. Reuter meldet aus Peking: Der Kriegsminister Wukuangshin, der zwischen Tschangtsolin und Fengfustang als Vermittler fungierte, hat berichtet, daß er das Kabinett davon in Kenntnis gesetzt habe, daß der Kampf zwischen den Truppen von Mukden und den Streitkräften des Generals Fengfustang praktisch unvermeidlich geworden sei. Beide Parteien hätten ihre Vorbereitungen für die Kampfhandlung nahezu beendet.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet aus Mukden daß General Kuofungling, der in Shanhaikuan steht, sich gegen Tschangtsolin erhoben habe. Dieser habe zur Unterdrückung des Aufstandes Truppen, die unter dem Befehl seines Onkels stehen, entsandt, doch seien sie von Kuofungling geschlagen worden. Vier Divisionen seien jetzt nach Mukden in Marsch gesetzt worden.

Volksbildung in Sowjetrußland.

Der russische Volkskommissar für das Bildungswesen Lunatscharski gab am Mittwoch nachmittag vor einem geladenen Kreise von Pressemitgliedern und Gelehrten Darlegungen über den Stand des Volksbildungswesens in Sowjetrußland und beantwortete dahingehende Fragen. Der Volkskommissar führte bei dieser Gelegenheit aus, daß die Sowjetrepublik die Aufgabe der Volksbildung als eine wesentliche Grundlage zur Hebung des wirtschaftlichen Niveaus und zur Erreichung ihrer Ziele ansehe. Er unterstrich dabei die Schwierigkeiten, die die Uebernahme der trüben Erbschaft in Bezug auf das Bildungswesen des zaristischen Rußlands und die Folgen des Krieges der jetzigen Regierung hinterlassen hatten, um gewisse Mängel als begreiflich zu bezeichnen. Zu diesen Schwierigkeiten komme noch der Mangel an führenden Pädagogen und einer durchgebildeten Lehrerschaft, die erst allmählich herangezogen wird. Trotzdem sei die Zahl der schulbesuchenden Jugend in den vierklassigen Schulen auf 60 Prozent gegenüber 50 Prozent unter der Zarenregierung gestiegen und es besteht die Gewißheit, daß bis 1933 die allgemeine Schulpflicht durchzuführen sei. Zur Zeit seien eine halbe Million Lehrer beschäftigt. Die Zahl der Schulen, die 1920 58 000 mit 4,3 Millionen Schülern betrug, stieg 1922 auf 64 000 bezw. 4,7 Millionen, 1923 70 000 bezw. 5,2 Millionen und 1924 auf 71 000 bezw. [illegible] Millionen Schüler. Auch die 7- bis 9klassigen höheren Schulen zeigten eine steigende Frequenz. Daneben sei eine Anzahl Musterschulen eingerichtet in der sogen. „Pionierbewegung", wo über eine Million Kinder an einer Ausbildung im Sinne des Sowjetideals beteiligt seien.

Als zweite Aufgabe des Volksbildungswesens werde die Aufklärung der Erwachsenen betrachtet. Drei Viertel der Bevölkerung bestand aus Analphabeten; bis 1928 hoffe man vollkommen den Analphabetismus ausgerottet zu haben. Für die Bevölkerung, und zwar für 18- bis 35jährige, werden sogen. Lehrstationen eingerichtet, von denen zur Zeit 48 000 bestehen, die 1,2 Millionen Analphabeten im Jahre 1924/25 im Lesen und Schreiben unterrichtet haben. Daneben tragen zur Heranbildung der Erwachsenen auf dem Lande die Bauernlesestuben bei, von denen es 19 000 gibt. Doch zeigte der Volkskommissar in Bezug auf die Durchführung dieses Teiles seiner Aufgaben eine gewisse Zurückhaltung, die aus der Vielsprachigkeit der russischen und sibirischen Bevölkerung und aus einer gewissen Indolenz Erwachsener gegenüber der Anregung zum Lernen herrühre.

Der dritte Teil des Bildungswesens, des Hochschulwesens, scheint nach den Darlegungen besonders stark politisiert zu sein. Das wird damit begründet, daß die Studenten ihrer Herkunft nach zunächst besonders antiproletarisch eingestellt waren und daß den proletarischen Bevölkerungsschichten der Weg ins Hochschulstudium freigemacht werden mußte. Heute seien etwa 70 Prozent der Studenten sogen. Arbeiterstudenten. Neben den eigentlichen Hochschulen existieren Arbeiterfakultäten, die sich auf den 4klassigen Vorbereitungsschulen aufbauen. In der Diskussion berichtete Lunatscharski u. a., daß das Gehalt für einen Lehrer in Rußland mit 35 Rubel monatlich nur halb so hoch sei als das des Durchschnittsarbeiters und nicht höher als der Mindestarbeitslohn. Eine schwere Zeit liege deshalb hinter den Wissenschaftlern aber der Andrang zum Studium sei eher noch stärker geworden als zuvor. Als Beweis für die allmähliche Erreichung eines höheren wissenschaftlichen Gesamtniveaus verwies der Volkskommissar darauf, daß 1925 mehr wissenschaftliche Zeitschriften erschienen seien als zuvor unter dem Zarenregime, und zwar 486 solcher Zeitschriften mit 7½ Millionen Druckbogen.

Die Pariser Reise Tschitscherins amtlich bestätigt.

Paris, 25. November. Wie Havas mitteilt, wird die Reise Tschitscherins nach Frankreich amtlich bestätigt. Tschitscherin, der sich im Laufe dieser Woche nach Südfrankreich begibt, werde auf der Durchreise in Paris ohne Zweifel mit Briand und anderen Politikern zusammentreffen.

Aus dem Kriegstagebuch Kaiser Friedrichs III. 1870/71.

Aus den hochinteressanten Aufzeichnungen des großen Dulders, die in den nächsten Tagen im Verlag K. F. Koehler, Berlin/Leipzig erscheinen, können wir bereits heute den folgenden lesenswerten Abschnitt wiedergeben. Wir betonen dabei, daß Bismarck 1888 außerordentlich scharf dagegen vorging, als Professor Geffcken einige kurze entstellte Auszüge veröffentlichte. Kaiser Friedrich hatte selbst bestimmt, daß niemand vor 1922 in das Manuskript Einsicht nehmen dürfe. Die Schriftleitung.

Hauptquartier Versailles, den 12. Dezember.

Pfalzburg hat endlich und zwar auf Gnade und Ungnade kapituliert, nachdem wir seit dem August vor jenem Nest von Bergfestung gelegen haben. Kurz vor dem Siege von Sedan hatte ich die Kapitulationsbedingungen, die der Kommandant bereits zugestanden, unterschrieben, als jener sich wieder anders besann, jenen wollte und wollte die Festung sich nicht ergeben. Den Verteidigern gereicht dies zur vollen Ehre, denn alle Beteiligten, vom Festungskommandanten, Colonel Denfert an, haben unter den schwierigsten Verhältnissen Erstaunliches geleistet. Für unsern Oberstleutnant Gaede, dessen zäher Ausdauer wie auch der Tüchtigkeit und Hingebung unserer Belagerungstruppen alle Anerkennung gebührt, freue ich mich aufrichtig, um so mehr, als Pfalzburg noch niemals zuvor in einem Kriege kapituliert hat.

Fürst Peter Wittgenstein, der als russischer Militärbevollmächtigter sich in Paris bereits lange und sehr tief in die dortigen Sitten und Gewohnheiten eingelebt hat, ist nebst seinem englischen Kollegen General Clermont und der belgischen Gesandtschaft unerwartetermweise aus Paris hier eingetroffen. Weshalb General Trochu sein absolutes Verbot, die Hauptstadt zu verlassen, gegenwärtig wieder zurückgenommen hat, verstehen wir nicht. Möglich, daß er für den Augenblick keine Ausfallsgedanken hat, folglich auch die Herauskommenden seine Absichten nicht verraten können; jedenfalls erblicke ich nicht, wie so manche andere es tun, hierin ein Zeichen baldiger Kapitulationsabsichten. General von Pobbielski meinte heute: „Die Ratten verlassen stets das Schiff, bevor es sinkt!" Möglich, daß die Not im Steigen begriffen ist, doch haben die oben genannten Ankömmlinge nichts davon verlauten lassen, vielmehr sagtne sie, daß sie sich selber keinen rechten Vers mehr zu machen vermöchten. Sie glauben sicherlich, daß eines schönen Tages die Kapitulation ganz plötzlich und zwar gerade dann erfolgen wird, wenn die Redensarten der Machthaber das volle Gegenteil verkünden, vielleicht auch noch ein möglichst unsinniger Ausfall gemacht sein wird, um mit einem solchen den Schein einer letzten Ehrenrettung zu gewinnen.

Die Volkszeitung, deren Leitartikel vorzüglich abgefaßt sind, enthält einen Aufsatz, der schlagend nachweist, wie wir mit der heutigen Verfassung einen Kaiser ohne Reich, eine Verfassung ohne Grundrechte, einen Reichstag ohne Verantwortung besitzen, dies ist leider alles wahr, und dennoch ist es ein Glück, daß wir wenigstens die kaiserliche Grundlage erlangt haben. Auf derselben werden schon dereinst alle jene fehlenden Elemente aufzubauen sein, wenn auch durch die jetzt begangenen Fehler und Unterlassungssünden dieser Aufbau heillos erschwert sein wird. Die Aufgabe der Zukunft wird es sein, dem gegenwärtig Geschaffenen Lebensfähigkeit zu verleihen, wie einst Friedrich der Große berufen war, der eben entstandenen jungen preußischen Krone das erforderliche Ansehen zu erwerben. Gottlob liegen heute die Dinge insofern gerade umgekehrt als damals. Die durch Blut und Kampf wieder möglich gewordene deutsche Kaiserkrone bedarf fortan der Künste des Friedens, damit ihrer historischen Würde die richtige Weihe verliehen werde.

Hauptquartier Versailles, den 19. Dezember.

Man kann nicht anders, als die Fähigkeit der Franzosen anerkennen, die trotz ihres argen Sittenverfalles immer noch einen heroischen Geist, dessen sie sich bei Ausbruch des Krieges wahrscheinlich selber nicht bewußt gewesen sind, bewahren. Andererseits sollten die Einsichtigen unter den höheren Führern und Leitern doch nachgerade anerkennen, daß durch das fortgesetzte Blutvergießen und durch die fortdauernden Menschenopfer Frankreich dauernd geschädigt wird, mag das Land auch über noch so reiche Hilfsquellen verfügen.

Am Freitag, den 16. Dezember, wird dem Eintreffen der Reichstagsdeputation entgegengesehen. Da der König immer noch darauf besteht, dieselbe nicht eher, als bis er sämtliche Zustimmungen der Fürsten erhalten hat, zu empfangen, so ist zu seiner Beruhigung an den König von Bayern telegraphiert worden, er möge endlich die längst in seinen Händen befindlichen offiziellen Schreiben hierhersenden.

Mich freut das Erscheinen jener Abgeordneten gerade auf dem feindlichen französischen Boden mitten im Kriegslager erdrückt der Schwanengesang des letzten Norddeutschen Reichstages wie ein Willkommenruf an den künftigen Kaiser von Deutschland! Es freut mich sehr, daß Präsident Dr. Simson bei dieser feierlichen Gelegenheit der Sprecher sein wird, nachdem er einst im Jahre 1849 bei Anbietung der deutschen Kaiserkrone an König Friedrich Wilhelm den Vierten bereits der Redner gewesen, doch damals ohne Erfolg wieder von dannen ziehen mußte. Dieses Mal wird es nicht mehr lange dauern, bis er den wirklich erwählten Kaiser in Berlin begrüßen darf.

Graf Solms sprach heute einen ehemaligen französischen Staatsbeamten, welcher sich laut dahin äußerte, die wirklichen Konservativen in Frankreich könnten die Gambettasche Wirtschaft gar nicht mehr ertragen und drängten auf die Gewalt auf die endliche Erwählung einer Konstituante. Er meinte ferner, Gambetta sei eine gemeine Natur und werde die Wohlhabenden und Besitzenden überhaupt noch um das Ihre bringen. Die Franzosen seien nun einmal geschlagen, diese Tatsache müsse zuvor zugestanden und angenommen werden, um dem frevelhaften Abschlachten und Verwüsten endlich ein Ende zu machen. Daß die Franzosen allmählich anfingen sich zu ermannen und zu der oben erwähnten Einsicht zu gelangen, das habe seinen Grund namentlich darin, daß viele Mitglieder des Adels gefallen seien, da namentlich bei Orleans eine große Menge Adlesse gefochten hätte, unter denen sich z. B. Mitglieder der Familie Montevart und Luynes befunden haben sollen. Für gewöhnlich mache sich zwar „la race latine" wenig aus geopferten Menschenleben, gegenwärtig aber schlage man doch die Tragweite gedachter Verluste im Lande höher an, als gewöhnlich geglaubt werde. Er meinte endlich auch, daß Lügengewebe, wie jenes noch bis zur Stunde verbreitete, Ducrots Ausfall sei völlig gelungen, die Deutschen wären allenthalben zerniert und dergleichen Unsinn mehr, sehr bald zerreißen würden. Möchte jener Mann recht haben: nach den bisher gemachten Erfahrungen kann man indessen derartige Behauptungen nur mit größter Vorsicht aufnehmen. Die wirkliche Kraft der Armee Frankreichs ist freilich gebrochen, aber die „levée en masse" wird uns immer noch eine Menge Bewaffneter entgegenstellen, die, wenn sie gleichzeitig von verschiedenen Himmelsgegenden auf uns einzudringen verstehen, uns immer Verlegenheiten bereiten können, wenn ihnen auch die kriegerische Schule noch gänzlich abgeht. Daß indessen Mutlosigkeit und Verzweiflung in Frankreich zunehmen, beweisen Aeußerungen, die sich bereits wiederholen und dahin lauten, daß der Sieger sich auch zum Beherrscher dieses Landes erklären sollte um durch eine Personalunion beiden Staaten den Frieden und die Segnungen einer vernünftigen ehrlichen Regierung zu verschaffen. (!) Es muß doch schon weit gekommen sein, wenn Franzosen sich bis zu einer derartig sinnlosen Sprache vergessen können.

Haushaltsausschuß des Reichstags.

Erhöhung der Beamtengehälter.

Berlin, 25. Nov. Der Haushaltsausschuß des Reichstages behandelte die Anträge der verschiedenen Parteien auf Erhöhung der Beamtenbesoldung. Staatssekretär Dr. Fischer (Reichsfinanzministerium) machte gegenüber diesen Anträgen die ernstesten Bedenken geltend. Die Erhöhung, die der Etat dadurch erfahren würde, daß die Anträge angenommen würden, ließe sich zurzeit überhaupt noch nicht übersehen. Gegenwärtig sei es dem Reichsfinanzministerium nicht möglich, sich zu diesen Dingen abschließend zu äußern; daher bitte er, die materielle Besprechung dieser Angelegenheit zu vertagen, bis eine wirkliche Uebersicht über die finanziellen Auswirkungen möglich ist.

Reichskanzler Dr. Luther legte dar, daß die gegenwärtige Regierung sich in einer Art Uebergangsstadium befinde. Die ganze Arbeitskraft der Regierung müsse sich gegenwärtig auf die außenpolitische Lage konzentrieren. In diesem Zwischenzustande sei es für die Reichsregierung nicht angängig, mit ihren vollen Autorität für innerpolitische Fragen einzutreten, deren finanzieller Ausgang sich noch nicht übersehen lasse. Handele es sich doch nicht nur um die Beamtenfrage allein, sondern um unsere gesamte Geldwirtschaft überhaupt: denn wenn wir unsere Ausgaben erhöhen, müssen wir für deren Deckung sorgen, letzten Endes also auch die Rückwirkung auf die Steuereinnahmen in Betracht ziehen. Im gegenwärtigen Zustand bitte er, die Frage der Beamtenbesoldung bis zu dem Augenblick zu vertagen, wo die Regierung zurückgetreten sei. Reichskanzler Dr. Luther pflichtete einer Bemerkung des Abg. Müller-Franken (Soz.) darin bei, daß die Vorstellung einer Vertagung dieser Frage auf ein unbestimmtes Datum unerträglich sei. Auch er sei der Ansicht, daß man sofort praktisch arbeiten müsse, um zum Ziel zu gelangen. Deshalb würden auch gegenwärtig die Vorbereitungen zur Lösung dieser Fragen im Finanzministerium aufs eifrigste betrieben. Der preußische Finanzminister Dr. Hölker-Aschoff bat, bei der Beratung der Besoldungserhöhung zwei Punkte nicht außer acht zu lassen. Einmal seien Länder und Gemeinden an der Einkommen- und an der Lohnsteuer mit 75 Prozent beteiligt. Das betreffe aber auch die Besoldungsfragen deshalb nicht ohne Zusammenhang mit den Steuersenkungen und ihren Rückwirkungen auf die Länder und Gemeinden gelöst werden.

Gedächtnisgottesdienst für Königin Alexandra in Berlin. Wie die Britische Botschaft mitteilt, wird in Berlin keine offizielle Trauerfeier für die verstorbene britische Königin-Mutter Alexandra stattfinden. Ein kurzer Gottesdienst wird am Sonnabend, den 26. November, um 5 Uhr nachmittags in der englischen Kirche abgehalten werden, um es den Mitgliedern der Britischen Kolonie zu ermöglichen, ihre Ehrfurcht vor der Verstorbenen zu zeigen.

Das Beileid der Sowjetrepublik. Der Text der Beileidskundgebung, die der russische Geschäftsträger vor einigen Tagen im Auftrage der Sowjetregierung dem „Foreign Office" übermittelt hat, lautet: „Ich habe die Ehre, der englischen Regierung das tiefste Bedauern und die herzlichste Anteilnahme meiner Regierung anläßlich des Verlustes, von dem S. M. der König und die königliche Familie aus Anlaß des Todes der Königin Alexandra betroffen worden sind, auszusprechen".

Der Denkmaltausch von Teplitz.

In Teplitz wird auf dem Platz, wo sich das seinerzeit von den tschechischen Legionären gestürzte Kaiser-Josef-Denkmal von Metzner befand, am 6. Dezember ein Mozart-Denkmal enthüllt werden. Es stammt gleichfalls von Metzner.

Verurteilung englischer Kommunisten. Die im Zusammenhang mit der Mitte Oktober erfolgten Durchsuchung des Londoner kommunistischen Hauptquartiers verhafteten Kommunisten, gegen die Anklage wegen Aufwiegelung von Heeresangehörigen erhoben worden war, wurden am Mittwoch abgeurteilt. Fünf Angeklagte erhielten ein Jahr, sieben weitere Angeklagte sechs Monate Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte, nachdem die Angeklagten das Anerbieten des Richters sie freizulassen, wenn sie sich zum Austritt aus der Kommunistischen Partei verpflichteten, abgelehnt hatten.

Umwandlung eines Todesurteils in Zuchthausstrafe.

Budapest, 25. November. Die königliche Tafel als Appellationsgericht änderte heute das von dem Gerichtshof gegen Mizsi Lehrer gefällte Todesurteil in lebenslängliche Zuchthausstrafe um. Die Verurteilte hatte ihren Gatten zur bestialischen Ermordung des Fleischermeisters Kubelka verleitet.